

Satzung der Katholische Erwachsenenbildung Hessen Landesarbeitsgemeinschaft e.V.

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

- (1) Der Verein führt den Namen:
„Katholische Erwachsenenbildung Hessen - Landesarbeitsgemeinschaft e.V.“
(kurz: KEB Hessen e.V.).
- (2) Er hat seinen Sitz in Frankfurt am Main.
- (3) Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2 Vereinszweck und Vereinsaufgabe

- (1) Zweck des Vereins ist die
 1. Förderung der Volks- und Berufsbildung im Sinne von § 52 Nr. 7 AO,
- (2) Der Zweck des Vereins wird insbesondere verwirklicht durch:
 - a) Ideelle Förderung der überregionalen katholischen Erwachsenenbildung in Hessen;
 - b) Durchführung von Studientagungen sowie Fortbildung von Erwachsenenbildnern(innen);
 - c) Herausgabe von Publikationen;
 - d) Förderung der Zusammenarbeit und fachlichen Anregung der Mitglieder sowie die Vertretung gemeinsamer allgemeiner Interessen;
 - e) Erarbeitung gemeinsamer Grundlinien inhaltlicher, methodischer, didaktischer und organisatorischer Art;
 - f) Vertretung gemeinsamer kultur- und bildungspolitischer Interessen gegenüber zentralen politischen, gesellschaftlichen und kirchlichen Institutionen und Organisationen auf Landesebene;
 - g) Beschaffung und Verteilung von Mitteln zur Durchführung überregionaler und internationaler Maßnahmen der Erwachsenenbildung; Hierzu zählt auch die Beschaffung von Mitteln für die Verwirklichung der unter a) – f) genannten steuerbegünstigten Zwecke einer anderen steuerbegünstigten Körperschaft des privaten oder des öffentlichen Rechts.

§ 3 Gemeinnützigkeit, Selbstlosigkeit

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (3) Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile. Sie erhalten in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Bei ihrem Ausscheiden, bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins erhalten sie keinen Anteil am Vereinsvermögen.
- (4) Keine juristische oder natürliche Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Unterstützungen, Zuwendungen oder Vergütungen begünstigt werden.
- (5) Der Verein fördert keine Bestrebungen im Sinne des § 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes und handelt dem Gedanken der Völkerverständigung nicht zuwider.

§ 4 Mitgliedschaft

Mitglieder des Vereins

- (1) können auf Antrag werden:
 1. die diözesanen und regionalen Bildungswerke der Bistümer, bzw. die Regionalstellen der Erwachsenenbildung,
 2. Katholische Verbände, die in Hessen auf Landesebene Bildungswerke unterhalten,
 3. sonstige katholische Bildungsstätten und Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Hessen, die auf Landesebene tätig sind.
- (2) sind die vom Bischof unmittelbar oder mittelbar mit der Gesamtverantwortung bzw. Gesamtvertretung für Erwachsenenbildung Beauftragten der Diözesen Fulda, Limburg und Mainz als persönliche Mitglieder.

§ 5 Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Über die Aufnahme von Mitgliedern entscheidet die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstands, an den der Aufnahmeantrag schriftlich zu richten ist, durch Beschluss, der dem Antragsteller bekannt zu geben ist.
- (2) Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Beschluss über die Aufnahme. In diesem Fall gilt der Aufnahmeantrag als Anerkennung dieser Satzung.

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Mitglieder können mit Ablauf einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres ausscheiden. Das Ausscheiden muss dem Vorstand gegenüber schriftlich erklärt werden.
- (2) Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn es wiederholt gegen die Satzung oder Beschlüsse der Mitgliederversammlung verstößt. Über den Ausschluss eines Mitgliedes entscheidet die Mitgliederversammlung mit Dreiviertelmehrheit.
- (3) Bei Beendigung der Mitgliedschaft ist das Mitglied verpflichtet, erhaltene finanzielle Beihilfen sofort abzurechnen oder sie zurückzuzahlen und noch offen stehende Beiträge zu leisten.

§ 7 Mitgliedsbeiträge

Über Beiträge und ihre Höhe beschließt die Mitgliederversammlung.

§ 8 Organe des Vereins und Vergütung

- (1) Organe des Vereins sind
 - a) die Mitgliederversammlung (§ 9),
 - b) der Vorstand (§ 13)
- (2) Die Zahlung von angemessenen Vergütungen an Mitglieder des Vorstandes für geleistete Dienste ist zulässig. Die Vergütungen können auch als Aufwendungsersatz pauschaliert werden. Über die Vergütung beschließt die Mitgliederversammlung.

§ 9 Mitgliederversammlung, Zusammensetzung

- (1) Der Mitgliederversammlung gehören an:
 1. je ein stimmberechtigter Vertreter der in § 4 Abs. 1 genannten Mitglieder,
 2. die in § 4 Abs. 2 beschriebenen, jeweils vom Bischof unmittelbar oder mittelbar mit der Gesamtverantwortung bzw. Gesamtvertretung für Erwachsenenbildung Beauftragten der Diözesen Fulda, Limburg und Mainz
- (2) Jedes Mitglied hat eine Stimme.

§ 10 Mitgliederversammlung, Einberufung

- (1) Die Mitgliederversammlung wird von dem/der Vorstandsvorsitzenden oder von dem/der stellvertretenden Vorsitzenden wenigstens einmal im Jahr einberufen.
- (2) Die Einladung erfolgt schriftlich, spätestens vier Wochen vor der Versammlung mit Bekanntgabe der Tagesordnung. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest. Anträge/Aufnahme weiterer Tagesordnungspunkte zur Mitgliederversammlung müssen von jedem Mitglied mindestens drei Wochen vor der Mitgliederversammlung schriftlich begründet der Geschäftsstelle vorliegen. Diese Anträge müssen in der Mitgliederversammlung behandelt werden. Sie sind zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung den Mitgliedern zu übermitteln. Über die Behandlung nicht fristgerecht eingereicherter Anträge entscheidet die Mitgliederversammlung.
- (3) Eine Mitgliederversammlung ist außerdem einzuberufen, wenn es das Interesse des Vereins erfordert oder wenn ein Drittel der Mitglieder dies mit schriftlicher Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt.
- (4) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig.

§ 11 Mitgliederversammlung, Aufgaben

Die Mitgliederversammlung hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Beratung und Beschlussfassung über die Richtlinien und Arbeitsschwerpunkte des Vereins,
2. Wahl des /der Vorsitzenden, der zwei stellvertretenden Vorsitzenden und bis zu vier weiterer Vorstandsmitglieder/Beisitzer(innen),
3. Wahl der Rechnungsprüfer(innen),
4. Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern,
5. Entgegennahme der Tätigkeitsberichte des Vorstandes,
6. Entgegennahme und Beschlussfassung des Finanzberichtes,
7. Entgegennahme des Berichtes der Rechnungsprüfer(innen),
8. Entlastung des Vorstandes und des/der Geschäftsführer(s)(in),
9. Festsetzung der Mitgliederbeiträge,
10. Beschlussfassung des Wirtschaftsplans,
11. Änderung der Satzung und gegebenenfalls Auflösung der Landesarbeitsgemeinschaft.

§ 12 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit der Anwesenden. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Zur Satzungsänderung und zur Auflösung der Landesarbeitsgemeinschaft ist die Anwesenheit von mindestens zwei Drittel der Stimmberechtigten und eine Stimmenmehrheit von zwei Drittel der Erschienen erforderlich.
- (2) Die in der Mitgliederversammlung gefassten Beschlüsse sind schriftlich niederzulegen. Die Niederschriften sind von dem/der jeweiligen Leiter(in) der Versammlung und von dem/der Protokollführer(in) zu unterzeichnen und den Mitgliedern zuzustellen.

§ 13 Vorstand, Zusammensetzung, Beschlussfassung

- (1) Der Vorstand besteht aus
 - a) dem/der Vorsitzenden,
 - b) zwei stellvertretenden Vorsitzenden,
 - c) bis zu vier weiteren Vorstandsmitgliedern/Beisitzer(innen),
 - d) dem/der Geschäftsführer(in) mit beratender Stimme.
- (2) Der/die Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden sowie die bis zu vier weiteren Vorstandsmitglieder/Beisitzer(innen) werden durch die Mitgliederversammlung gewählt.
- (3) Den Vorsitz führt der/die Vorsitzende, im Verhinderungsfall eine(r) seiner Stellvertreter(innen).
- (4) Der Vorstand wird vom Vorsitzenden oder von den stellvertretenden Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens aber zweimal jährlich, unter Angabe der Tagesordnung und Einhaltung einer Frist von zwei Wochen einberufen. Der Vorstand ist ferner einzuberufen, wenn zwei Mitglieder des Vorstands dies verlangen.
- (5) Über die Sitzungen und die dort gefassten Beschlüsse sind Niederschriften zu fertigen und vom Sitzungsleiter(in) und dem/der Protokollführer(in) zu unterzeichnen. Eine Abschrift der Niederschriften ist jeweils den Vorstandsmitgliedern zu übermitteln.
- (6) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Vorstandsmitglieder gefasst.
- (7) Außerhalb der Sitzungen ist bei Eilbedürftigkeit eine schriftliche Beschlussfassung mit Zweidrittelmehrheit derer, die sich termingerecht äußern, gültig.
- (8) Der Vorstand wird auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Die Amtsdauer des Vorstandes erlischt mit der Übernahme der Amtsgeschäfte durch den neuen Vorstand. Das Amt endet weiter durch Tod, durch Niederlegung gegenüber der Mitgliederversammlung, die jederzeit mit einer Ankündigungsfrist von vier Wochen zulässig ist sowie durch Widerruf der Vorstandsbestellung durch die Mitgliederversammlung (Abberufung). Eine Abberufung ist nur aus wichtigem Grund möglich.
- (9) Bei vorzeitigem Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds wird für den Rest der Amtszeit ein(e) Nachfolger(in) von der nächsten Mitgliederversammlung gewählt.

§ 14 Vertretung des Vereins

- (1) Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB besteht aus dem/der Vorsitzenden und den beiden stellvertretenden Vorsitzenden.

- (2) Der Verein wird durch den/die Vorsitzenden bzw. den/die Vorsitzende gemeinsam mit einem/r der beiden stellvertretenden Vorsitzenden vertreten. Ist der/die Vorsitzende verhindert, so wird er/sie durch die beiden stellvertretenden Vorsitzenden gemeinsam vertreten. Ist auch eine/r der beiden stellvertretenden Vorsitzenden verhindert, so wird er/sie durch einen der beiden stellvertretenden Vorsitzenden und ein weiteres Vorstandsmitglied vertreten. Der Fall der Verhinderung bedarf keines Nachweises.
- (3) Für die Entgegennahme von Willenserklärungen, die gegenüber dem Verein abzugeben sind, ist jedes Vorstandsmitglied alleinvertretungsberechtigt.

§ 15 Vorstand, Aufgaben

- (1) Der Vorstand nimmt alle Aufgaben des Vereins wahr, soweit sie nicht durch Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind, und leitet die Arbeit des Vereins in Übereinstimmung mit den Richtlinien und Beschlüssen der Mitgliederversammlung.
- (2) Aufgaben des Vorstands sind insbesondere:
 - a) Vertretung nach außen,
 - b) Koordination der Aktivitäten der Mitglieder,
 - c) Wahrnehmung der laufenden Geschäfte,
 - d) Entscheidung über den Abschluss von Rechtsgeschäften; Näheres regelt die Geschäftsordnung,
 - e) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und Feststellung des Jahresergebnisses zur Vorlage an die Mitgliederversammlung,
 - f) Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung,
 - g) Anstellung des Geschäftsführers / der Geschäftsführerin und der leitenden Mitarbeiter(innen),
 - h) Abschluss von Kooperationsverträgen zur Förderung der im § 2 genannten Zwecke,
 - i) Erstellung von Geschäftsordnung, Arbeitsordnungen sowie Dienstanweisungen,
 - j) Berufung von Fachkonferenzen und Beauftragungen.
- (3) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Vorstandsmitglieder anwesend ist.

§ 16 Geschäftsführung

Für die Geschäftsführung bestellt der Vorstand eine/n Geschäftsführer/in, der/die nach den Weisungen des Vorstands arbeitet.

§ 17 Haftung der Vereinsorgane und Vertreter

Die Vereinsorgane sowie die mit einer Vertretung beauftragten Vereinsmitglieder haben nur Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit zu vertreten. Sind diese einem Dritten gegenüber zum Ersatz eines in Ausführung der ihnen zustehenden Verrichtung verursachten Schadens verpflichtet, können sie vom Verein Befreiung von der Verbindlichkeit verlangen. Satz 2 gilt nicht, wenn der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurde.

§ 18 Grundordnung

Die Grundordnung des kirchlichen Dienstes im Rahmen kirchlicher Arbeitsverhältnisse findet in ihrer jeweiligen im Amtsblatt der Erzdiözese Köln veröffentlichten Fassung Anwendung.

§ 19 Änderung der Satzung, Auflösung, Anfallberechtigung

- (1) Zur Satzungsänderung des Vereins und zur Änderung des Vereinszwecks sind eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und die Anwesenheit von mindestens 2/3-tel aller Stimmberechtigten erforderlich.
- (2) Zur Auflösung des Vereins ist eine Stimmenmehrheit von 2/3-tel der abgegebenen Stimmen und die Anwesenheit von mindestens 2/3-tel aller Stimmberechtigten erforderlich.
- (3) Falls die für die Satzungsänderung bzw. Auflösung des Vereins vorgesehene Mitgliederversammlung nicht die für die Beschlussfassung erforderliche Stimmenzahl erreicht, kann die Satzungsänderung bzw. Auflösung in der nächsten dazu eigens einberufenen Mitgliederversammlung in jedem Fall erfolgen.
- (4) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seiner steuerbegünstigten Zwecke fällt das nach Begleichung etwaiger Schulden vorhandene Vermögen des Vereins an die hessischen Diözesen mit der Auflage, dies für Zwecke der Volks- und Erwachsenenbildung, in jedem Fall aber unmittelbar und ausschließlich für selbstlose gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

§ 20 Inkrafttreten der Satzung

Diese Satzung, die am 28.09.2013 von der Mitgliederversammlung beschlossen wurde, tritt mit Eintrag in das Vereinsregister Frankfurt am Main in Kraft.

Johannes Oberbandscheid
Vorsitzender

Gunter Geiger
stellvertretender Vorsitzender